

Danziger Zeitung



Nr. 18280.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.0 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Die Gleichstellung der Gymnasien.

Aus Lehrkreisen wird uns geschrieben: Es ist wirklich hohe Zeit, daß die Frage nach der Gleichstellung der humanistischen und Realgymnasien in Beziehung auf die Berechtigung zu allen Studien und Staatsprüfungen endlich ihre Erledigung fände. Seit 20 Jahren bewegt sie schon die betreffenden Kreise und hätte, nach den Versicherungen, welche Minister v. Gossler am 17. März 1882 gab, schon längst ihre Lösung finden müssen, wenn nicht derselbe Minister seine Meinung wieder geändert und am 7. März 1888 und 6. März 1889 die von ihm selbst den Realgymnasien gesteckten Ziele und eröffneten Aussichten vollständig verleugnet hätte. Die Zeit läßt sich aber nicht aufhalten; die Forderungen unseres Jahrhunderts brechen sich langsam, aber unaufhaltsam Bahn. Das erhellt aus dem kürzlich veröffentlichten Bericht der Commission für das Unterrichtswesen, betreffend „die Berechtigung der Abiturienten der Realgymnasien zu allen Studien und Staatsprüfungen“. Der Commission lag eine Petition des Realgymnasienvereins vor, ausgearbeitet von Director Dr. Schauenburg in Breslau.

Derselbe begründete seine Bitte mit der Erinnerung an die ganze geschichtliche Entwicklung der Realgymnasien, die in den Lehrplänen von 1882 und in dem Wegfall der Beschränkung, daß die Realgymnasien eine wissenschaftliche Vorbildung nur für die höheren Berufsarten zu geben haben, zu denen akademische Studien nicht erforderlich sind, ihren Abschluß gefunden hat. In der That seien die Abiturienten der Realgymnasien seit bereits 1870 zum Studium der Naturwissenschaften, der Mathematik und der neueren Sprachen behufs Anstellung als Lehrer an Real- und höheren Bürgerschulen, seit 1887 an allen höheren Lehranstalten, einschließlich der Gymnasien, zugelassen worden. Seien sie aber zum Studium eines Faches für reif und befähigt erklärt, so müsse die Ausschließung von den übrigen Fächern als unbegründet erachtet werden, da zur Zulassung zu den Studien nur das Vorhandensein allgemeiner geistiger Reife, nicht aber von Fachbildung entscheidend sein dürfe. Diese letztere fehlt übrigens den Realgymnasialabiturienten für eine geringere Zahl von Studienzweigen, als den Gymnasialabiturienten. Die Verantwortung für die richtige Wechselwirkung zwischen Vorbereitung und Lebenslaufbahn möge den jungen Leuten und ihren Berathern überlassen bleiben. Die Blitschrift schließt mit den Worten: „Jetzt, nachdem eine Schülergeneration nach dem neuen Lehrplan unserrichtet worden, ist die Zeit gekommen, die Folgerungen zu ziehen, welche sich aus diesen Lehrplänen hinsichtlich der Stellung der Realgymnasien von selbst ergibt.“

Der anwesende Regierungskommissar, Geh. Rath Dr. Höpfer erklärte, daß „die Regierung zu der Petition nicht Stellung zu nehmen beabsichtige“, und so konnte denn der Referent, Abg. Genssfardt-Magdeburg, sofort seinen, den Petenten in jeder Beziehung günstigen Bericht erstatten. Historisch beleuchtete er die Entwicklung der Realgymnasien und zeigte, wie die Staatsregierung seit 1859, seitdem sie die neunklassigen Realschulen den Gymnasien koordinirt, immer höhere Forderungen an sie stellte, immer höhere Ziele in Aussicht nahm — nun, nachdem die Aufgabe befriedigend gelöst sei, den Preis nicht vorenthalten dürfe. Der Kampf der beiden Anstalten sei ein durchaus friedlicher, da sie beide, nur auf verschiedenem Boden stehend, demselben Ziele zustrebten; das Realgymnasium wolle seiner älteren Schwester, dem Gymnasium, den wohlverdienten Ruhm in

keiner Weise streitig machen, sondern verlange nur Gleichberechtigung für die Zukunft in dem Streben nach den idealen Zielen. Der Referent schließt mit dem Antrage, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Discussion war eine ungemein eingehende, und die dem Antrage freundliche Auffassung war dabei durch 6, die demselben gegenüberstehende Meinung nur durch einen Redner vertreten. Eine den Ansprüchen der Realgymnasien feindselige Anschauung trat überhaupt nicht in die Erscheinung.

Der Gegner des Antrages wollte nur die Petition mit Rücksicht auf die Erklärung des Cultusministers bei Gelegenheit der Etatsberatung der höheren Schulen als Material für die bevorstehende Enquete überweisen und suchte wesentlich darauf, daß nach seiner Anschauung die Frage, ob die von den Realgymnasien gegebene Bildung der Gymnasien gleichwerthig sei, noch nicht spruchreif sei. Alle anderen Redner traten warm für den Antrag des Referenten ein und beleuchteten denselben von allen Seiten eingehend mit den Gründen, welche allen, welche diese Frage in den letzten Jahren verfolgt haben, hinreichend bekannt sind, welche auch in dieser Zeitung des öfteren zum Ausdruck gekommen sind. Sie kommen wesentlich darauf hinaus, daß die in dem neunjährigen Cursus des Realgymnasiums erworbene Bildung, wie jetzt seit 20 Jahren erfahrungsgemäß nachgewiesen sei, vollaus hinreiche, um die Universitätsstudien mit Erfolg zu betreiben — daß man es in die Hand des jungen Mannes legen müsse, wenn er zur Universität komme, sich zu entscheiden, für welchen gelehrten Beruf er sich am besten vorbereitet glaube; wähle der Realabiturient dann einen Beruf, zu dem er nicht die genügenden Vorkenntnisse habe, so werde er sich dieselben ebenso gut aneignen können, wie es der Gymnasialabiturient müsse, wenn er zum medicinischen, naturwissenschaftlichen oder neusprachlichen Studium greife. Es wurde betont, daß die große Entwicklung der Gymnasien nicht aus ihrer inneren Tüchtigkeit, sondern aus den denselben ertheilten großen Berechtigungen abzuleiten sei. Es bestrebe damit eine Prämie auf Errichtung solcher Anstalten, und jährlich würden dadurch Tausende in eine für sie ganz ungeeignete Bildungsrichtung hineingetrieben. Von dem Augenblick an, wo den Realgymnasien die gleiche Berechtigung ertheilt werde, als den Gymnasien, würde ein gleich gutes Schülermaterial beiden Anstalten zufließen und dann würden die Realgymnasien viel Besseres leisten können, als bisher. Daß sie trotz des entschiedenen minderwerthigen Schülermaterials sich doch solche Anerkennung erworben hätten, daß sie mit Erfolg in den Kampf mit den Gymnasien eintreten konnten, das sei ein Hauptzeichen ihrer inneren Stärke.

Die Ansicht des Ministers v. Gossler, welcher in seiner Rede vom 7. März 1888 keine sachlichen Gründe gegen die Realgymnasien mehr anführen konnte, sondern nur allein die Ueberlieferung der Universitäten als Motiv angab, den Wünschen der Realgymnasien nicht entsprechen zu können, wurde mehrfach beleuchtet und es wurde gezeigt, daß dieselbe hinfällig sei, daß, wie immer im Leben Angebot und Nachfrage den Bedarf regeln, so auch hier die Regelung stattfinden werde, wenn der einen Anstalt das Monopol entzogen sei und für das Bedürfnis derjenigen, die nicht studiren wollten, durch lateinlose Schulen hinreichend georgt sein werde.

Wer die Polemik kennt, welche seit Jahren für und wider die Realgymnasien geführt worden ist, wird in hohem Grade angenehm berührt von dem rein sachlichen Ton, welcher den Commissionsbericht durchzieht; kein ungebührliches

Herausstreichen der einen, kein mißwollendes Herausheben der anderen Seite, sondern eine streng sachlich gehaltene Erörterung, die jedem sein Recht läßt und in ihrer einfachen folgerichtigen Entwicklung zu den erwähnten Resultaten führt, erfreut die Leser und läßt hoffen, daß ein gleicher Ton auch die Verhandlung im Abgeordnetenhaus durchziehen wird.

Nach einem telegraphischen Bericht in Nr. 18261 der „Danz. Ztg.“ soll ein kaiserlicher Erlaß bevorstehen, welcher „eine Enquete über die Berechtigung der Realschulabiturienten zum Universitätsstudium und der lateinlosen Mittelschulen zur Ertheilung des Einjährig-Freiwilligen-Zeugnisses“ anordnet. Auf die innige Beziehung der beiden hier berührten Fragen, welche absolut nicht von einander zu trennen sind, wollen wir in einem zweiten Artikel eingehen.

Die freisinnige Partei und die evangelische Kirche.

Ein freisinniges Stettiner Blatt hat sich zur großen Befriedigung der Cartellpresse veranlaßt gesehen, sein Bedauern darüber auszusprechen, „daß die freisinnige Partei des Abgeordnetenhauses eine Haltung beobachtet habe, die ihr nicht nur — im Verhältniß zu der conservativen und national-liberalen Partei — in den Augen der evangelischen Staatsbevölkerung nicht zum Vortheil gereichen kann, sondern die auch von dem Boden einer wirklich liberalen politischen Partei aus ernstlich angefochten werden muß“. Zunächst wird der Vorwurf erhoben, daß die freisinnige Partei bei der Beratung der Goltz'schen Petition (Gewährung von Geldern zu Berliner Kirchenbauten aus Staatsmitteln) den Antrag Jeddli's, der die Regierung auffordern wollte, das Gelegene zu veranlassen, damit die Berliner Evangelischen ihre Pflicht erfüllen, nicht unterstützt habe. Die Abgg. Richter und Eberth hätten die einfache Tagesordnung beantragt, weil immerhin in dem Antrag Jeddli ein Anerkenntniß der Nothstände und damit allein auch schon ein gewisses Interesse daran gefunden werde, daß Abhilfe für dieselben geschaffen werde. Der Abg. Eberth hat bei der Beratung der Goltz'schen Petition im Plenum nicht gesprochen. Abg. Richter hat gegen den Antrag Jeddli und für die einfache Tagesordnung gesprochen, weil nach seiner Ansicht die Kirchengemeinschaften für sich selbst zu sorgen haben. Herr Richter meinte, es müsse für alle Protestanten, die auf sich und ihre Kirche etwas halten, etwas geradezu Demüthigendes haben, wenn die Hilfslosigkeit der reichsten protestantischen Gemeinden Preußens im Abgeordnetenhause proclamirt werde. Dieses Drängen nach Staatshilfe aus dem Sädel aller Confessionen, aus dem Sädel aller, der Reichsten wie der Ärmsten, hat in der That etwas Demüthigendes.

Herr Richter verlas alsdann aus den Verhandlungen der vereinigten Kreisynoden Berlins den Bericht des freisinnigen Kammergerichtsraths Schröder, der jede Staatsunterstützung Berlins ablehnt. Herr Schröder erklärte, die Annahme einer solchen würde der Bankrotterklärung der evangelischen Kirche in Berlin gleichkommen. Niemand habe das Recht, von der Hilfsbedürftigkeit Berlins zu sprechen oder gar dieselbe zu proclamiren, als dessen verfassungsmäßige und gesetzliche Organe. Bekanntlich haben die vereinigten Kreisynoden Berlins im Jahre 1888 in diesem Sinne beschloffen. In Uebereinstimmung mit dieser Auffassung der vereinigten Kreisynoden erklärte Abg. Richter, er glaube mit seinem Votum zur Ehre der evangelischen Kirche zu arbeiten.

Ebenso grundlos ist der zweite Vorwurf gegen

die freisinnige Partei des Abgeordnetenhauses, daß sie bei der Entscheidung über den katholischen Sperrfonds die der evangelischen Kirche bereitete nachtheilige Lage nicht in Betracht gezogen habe. Der Abg. Richter hat bei der ersten Beratung der Vorlage es lediglich abgelehnt, bei dieser Gelegenheit die Frage der Dotation der protestantischen Kirche in die Discussion hineinzuziehen. Die Rückgabe des Sperrfonds in irgend einer Form stehe in keinem Zusammenhange mit der Dotationsfrage und ebenso wenig der Entschädigung der Geistlichen und Kirchendiener für den Ausfall, den sie durch das Civilstandsgesetz erlitten haben. Der evangelischen Kirche kann doch dadurch unmöglich eine nachtheilige Lage bereitet werden, daß der katholischen Kirche Gelder zurückgezahlt werden, welche ihr auf Grund des Sperrgesetzes vorübergehend entzogen worden sind.

Uebrigens ist nicht recht einzusehen, wie gerade das freisinnige Votum in evangelischen Kreisen Anstoß erregen könnte. Bekanntlich haben die Conservativen und die Nationalliberalen die Goltz'sche Vorlage bedingungslos unterstützt. Wenn es also eine „falsche“ Politik ist, der evangelischen Kirche das zu verjagen, was der katholischen gewährt wird, so würde die Schuld nicht auf die Freisinnigen und Herrn Richter, sondern auf die bekannte Bestimmung im Sperrgesetz zurückfallen. Gleichgiltigkeit gegen das Empfinden der evangelischen Kirche wird man Herrn Richter auf Grund seiner Rede bei diesem Anlaß sicherlich nicht vorwerfen können. Die Frage der Dotation der evangelischen Kirche oder einer Entschädigung der Geistlichen für den Wegfall der Stolgebühren kann nur selbständig außer Zusammenhang mit der Sperrvorlage erledigt werden.

Deutschland.

* Berlin, 8. Mai. Wiederholt war in den Blättern neuerdings gemeldet worden, daß ein neuer Secretär für den Kaiser ernannt sei. Nunmehr wird der „Saale-Ztg.“ gemeldet, daß derselbe Reichel heiße, sich bisher als Geheimer expedirender Secretär und zweiter Bottschaftskanzlist bei der kaiserlichen Botschaft in Petersburg befunden habe und einer lutherischen Familie entstamme.

* [Zur Reise des Kaisers nach Norwegen.] Die Vorbereitungen zum Empfang des Kaisers Wilhelm in Christiania werden, wie dortige Blätter berichten, mit großem Eifer betrieben. Außer einer Abordnung des deutschen Vereins wird noch eine andere als Vertreter der nicht dem Vereine angehörigen Deutschen den Kaiser begrüßen.

* [Die Kaiserin in Sakhn.] Die Meldung über einen beabsichtigten Aufenthalt der Kaiserin in Sakhn bestätigt sich. Nach der „Straßener Zeitung“ wird die Kaiserin mit den kaiserlichen Prinzen am 15. Juni in Sakhn eintreffen und einen sechswochenlichen Aufenthalt nehmen. Für die Herrschaften sind Villa „Martha“ nebst einer Neben-Villa, sowie eine Etage der Villa „Räthe“ bereits fest gemietet und man ist damit beschäftigt, die Räumlichkeiten dementsprechend einzurichten. Auch im Orte selbst sollen zu diesem Zweck manche Verbesserungen vorgenommen werden.

* [Geh. Rath Hinzpeter] ist in den letzten Tagen wiederholt vom Kaiser, welcher seinen bewährten Rath mehr als je schätzt, in besonderer Audienz empfangen worden. Wie der „Saale-Ztg.“ verbürgt versichert wird, hat derselbe an dem Entwurf der Thronrede persönlich mitgewirkt.

* [Zur Wismarschen Schutztruppe] nach Ostafrika soll demnächst eine Anzahl von im Telegraphendienst ausgebildeten Unteroffizieren

Ablösung ihrer qualvollen Gedanken und Vorstellungen zuletzt eine ungeheure Sehnsucht nach ihrer Mutter sie erfaßte. Zum ersten Mal fühlte sie, was und wie viel diese ihr gewesen trotz ihrer Strenge, aber zum ersten Mal kam ihr auch zum volleren Bewußtsein, daß das Leben doch kein bloßes Puppenspiel sei.

Zuletzt erhob sie sich, riß mit feberhafter Hast den Brief auf und las seinen Inhalt: „Den Stempel der Natur selbst wandelt Uebung. Sie zähmt den Teufel oder stößt ihn aus.“

„Denn nur der „Geist“ macht unsern Körper reich! Und wie die Sonne bricht durch trübste Wolken. So strahlt aus niedrigstem Gewand die „Ehre“! Was? Ist der Häher edler als die Lerche. Weil sein Gefieder bunter fällt ins Auge? Und ist die Otter besser als der Aal. Weil ihre fleckige Haut das Aug' ergötzt?“

„So sprach' ich mit dem größten Dichter aller Zeiten. Du hast in dem Augenblick, wo ich das höchste Glück von dir erbat und ein heiliges Recht darauf hatte, durch dein herloses Wie, nicht durch das Was, Barbro, mir kalt den Dolch ins Herz gestossen. Dafür bestelle ich mich als dein Richter, indem ich dir Zeit gebe, in Stillschweigen über das Geschehene, einsam lebend, nachzudenken. Rein Mensch auf Erden hat das Recht, nur allein seit ich ins Auge zu fassen. Er muß sich fügen oder wird jermalmt. Und merke eines: Einen sonstigen Zufluchtsort giebt's nicht für dich, und meine Rechte als dein Mann wende ich an, sobald du irgendwelche Schritte unternimmst, die mit meinen Befehlen in Widerspruch stehen.“

So, nun war's also geschehen. Und die That-sachen übertrafen noch bei weitem Barbro's Vorstellungen! Diese Sprache ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. So sprach jemand, der einen Willen besaß und ihn durchzuführen entschlossen war.

Barbro fleten die Worte des Gesanges in Bizet's Carmen ein, sie schienen auf sie berechnet,

Die Spinne.

(Nachdruck verboten.)

Roman von Hermann Heiberg.

(Fortsetzung.)

Inzwischen hatte Barbro ihre Jungfer einstweilen entlassen und sich niedergelegt. Aber die Müdigkeit, die sie vordem zu übermächtigen gedroht, war dahin, und sie stieg zu schlafen, lag sie in ihrem verführerisch eingerichteten Schlafgemach, umflossen von dem Licht der in den goldenen Leuchtern und Wandcandelabern steckenden Wachskerzen, und hundert und aber hundert Gedanken durchkreuzten ihr Gehirn.

Einmal nach einständigem, ruhelosem Hin- und-Herwälzen hörte sie draußen vom Hofe her sprechen und gleich darauf den Hufschlag eines davon-galoppirenden Pferdes. Das beschäftigte sie zeitweilig sehr. — War's Tassilo? — Sie stellte sich die Folgen des Geschehenen vor, sie hörte Tassilo sprechen. Bald sah sie sein hartes, ausdrucksvolles Gesicht, in dem die Vorboten der Verwirklichung jener Drohungen ausgedrückt waren, die er einst hervorgestoßen.

Er sprach: „Mach's, wie du willst! Aber nach diesem Beweis deiner egoistischen Lieblosigkeit begreife, wenn ich wieder meine Wege für mich gehe.“

Ein andermal war's nur Trauer, die sich in seinen Zügen malte, und er rief:

„Wie kann man jemand zürnen, daß er nicht mit seinen Armen arbeitet, wenn er solche nicht besitzt. Du hast kein Herz, du besitzt nur Schönheit und Klugheit. So will ich denn davon allein die Blüten pflücken.“

Und wenn er sich so äußerte und sich von ihr abwandte, dann schwoll's sanft und ohne Jörn-erregung in ihrem Innern auf, und ein warmes, drängendes Gefühl für ihn nahm von ihr Besitz. Endlich — spät nach Mitternacht — kam der Schlaf zu seinem Recht. Die junge Frau senkte einige Male tief auf und einschlummete.

Als Barbro am nächsten Morgen erwachte und ihrer Jungfer klingelte — sie fand diese ihrer Bequemlichkeit dienende Fürsorge Tassilos über die Maßen angenehm — erschien statt dieser ein Hausmädchen.

„Ich wünsche Babette!“ erklärte Barbro, ohne Erklärungen abzuwarten. Und: „Ist der Herr schon aufgestanden?“ fuhr sie fort.

„Der Herr hat bereits gestern Abend das Schloß verlassen, und Babette ist ebenfalls fort, gnädige Frau“, entgegnete das Mädchen bescheiden.

„Fort? Weshalb?“

„Ich weiß nicht, gnädige Frau.“

„Und Sie?“

„Ich soll die gnädige Frau mit der gnädigen Frau Erlaubniß bedienen.“

„So, so? Gut, ich wünsche zu frühstücken, sorgen Sie dafür, schicken Sie auch Camartine später!“

Nachdem das Mädchen gegangen, überlegte Barbro das eben Gehörte mit sehr getheilten Empfindungen, begab sich aber dann mit großem Phlegma an ihre Toilette und verließ endlich ihr Cabinet, um ins Speisezimmer zu treten.

Nun näherte sich ihr Camartine sogleich und sagte unter tiefen Verneigungen:

„Ich war zu der gnädigen Frau Befehl, ich klopfe schon zweimal.“

„Ganz wohl, Camartine! Folgen Sie mir. Ist servirt?“

„Nein, gnädige Frau!“ entgegnete Tassilos Vertrauter, ein ernster, bartloser Mann mit schwarzgrauem, etwas gelocktem Haar und auffallend intelligent geschnittenen Zügen. Der Herr Baron haben befohlen, daß wir nur in den Gemächern der gnädigen Frau serviren sollen. Sämmtliche Räume bis auf das Durchgangszimmer müssen bereits um Mittag verhängt und geschlossen werden. Die übrige Dienerschaft ist entlassen. Der Herr hat sich auf Reisen begeben und läßt der gnädigen Frau sagen, daß

es ungewiß sei, wann er zurückkehren werde. Und noch eines darf ich hinzufügen: Ich habe Befehl, die gnädige Frau zu bitten, während der Abwesenheit des Herrn Barons das Schloß nicht zu verlassen. Frau Baronin wollen verzeihen, wenn ich dies alles vorzutragen genöthigt bin; es ist mir überaus schmerzlich, daß mir dieser unliebsame Auftrag geworden ist.“

Barbro stand starr bei diesen Erklärungen, und wie der Blitz gingen die Folgen solcher Entschlüsse und Befehle Tassilos durch ihren Kopf.

Ah, ah, sie war eine Gefangene, durfte nicht einmal ins Freie hinaustreten! Die Räume abgeschlossen! Keine Lectüre, keine Musik, keine Menschen, alle Dienerschaft fort, jede Bequemlichkeit ihr entzogen!

Ein grenzenloses Unbehagen, Jörn und Enttäuschung bemächtigten sich ihrer. Nichts war für ein Wesen wie Barbro v. Tassilo entschädiger als Freiheitsentziehung und Bequemlichkeitsbeschränkung.

Aber bevor sich aus ihren blutlos gewordenen Lippen noch eine Frage drängen konnte, verbeugte sich Camartine und schloß, einen Brief hervorziehend:

„Auch noch dieses Schreiben habe ich der gnädigen Frau von dem Herrn Baron zu überreichen! Und gestatten die gnädige Frau, daß ich mich jetzt zurückziehe? Ich bemerke gehorsamst, daß das Mädchen auf einmaliges, ich auf zweimaliges Klingeln zu Diensten der gnädigen Frau stehe.“

„Es ist gut!“ rief Barbro kalt und ohne das dargebotene Schreiben zu ergreifen, heraus, ließ sich, nachdem Camartine unter abermaliger tiefer Verneigung den Brief auf den Tisch niedergelegt, in einen der Stühle sinken und sah sie an die hämmernde Stirn.

So dbe, so inhaltslos, so grenzenlos lebens-unwürdig erschien ihr plötzlich das Dasein, und so tief bereute sie jetzt, Tassilo geheiratet zu haben, daß unter dem Suchen nach einer

Mit den höchsten selbstständigen Apparaten zugehen, um dieselben einen besseren Nachrichten- und Verbindungsdienst einzurichten. Es wird beabsichtigt, zunächst die einzelnen Garnisonen und Posten mit einander telegraphisch zu verbinden, ähnlich wie die Italiener in Abyssinien dies bewerkstelligt haben.

[Zum Falllassen des Socialistengesetzes]
bemerkt mit bekümmelter Miene die „**Rölnische Zeitung**“:

Ob man mit den Mitteln des bestehenden gemeinen Rechts die doch unmöglich ganz zu unterlassende vor- beugende Bekämpfung der revolutionären Gefahr glaubt auf die Dauer durchführen zu können, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist es die Regierung, welche alle Verantwortung in dieser Beziehung übernimmt, wenn sie die bisherigen Mittel nicht auf neue von dem gegenwärtigen Reichstag forbert. Uebernimmt sie diese Verantwortung, so haben wir unsererseits, wie wir schon früher erklärt, nichts gegen den Versuch, mit dem gemeinen Recht auszukommen, und wollen nur hoffen, daß derselbe gelingt. Wir unsererseits brauchen nicht zu wiederholen, daß man durch den Versuch auf das Socialistengesetz gerade jene Klassen unnötigerweise verstimmt, auf deren freudige Mitwirkung jede Socialpolitik angewiesen ist.

Der Groll der „**Röln. Ztg.**“ und der „**Klassen**“, die sie meint, wird nicht lange dauern. Sie sind es gewohnt, den Mantel nach dem Winde zu hängen, und sie werden es auch diesmal, wenn auch vielleicht erst nach einer kleinen Anstands- pause, thun. Daran zweifeln wir keinen Augen- blick. Im schlimmsten Falle fährt der Wagen auch ohne die „**Röln. Zeitung**“ und ihre verstimmt „**Klassen**“.

[Bismarcks Memoiren.] Personen aus Hof- kreisen, die im vorigen Monat beim Fürsten Bismarck in Friedrichsruh zum Besuch waren, geben, wie man der „**Tägl. Rundschau**“ mittheilt, auf die Frage, wie sich der frühere Kanzler seine „**Memoiren**“ dachte, den Bescheid: Die Lebenserinnerungen des Fürsten würden wahrscheinlich keinerlei politischen Inhalt haben, wohl aber seine Begegnungen mit bekannten Persönlich- keiten ausführlich zur Darstellung bringen; es wäre also die Absicht des Verfassers, Porträtskizzen zu liefern, und zwar in der Weise, die er früher bei den parlamentarischen „**Soireen**“ offenbart hätte. Wer ein Bild von der Schreibweise des Fürsten Bismarck gewinnen wolle, der möge die in Sylbels Geschichtswerk über die Reichsgründung eingefügten Anekdoten und die Urtheile über Fürsten und Diplomaten nachlesen. Von derlei Erinnerungen bewahre der Fürst eine große Menge, und zweifelslos seien die meisten gerade so spannend wie pikant. Er ist be- kanntlich jederzeit ein scharfer Beobachter gewesen. Die politischen Vorgänge sind darum von den Memoiren ausgeschlossen, weil es alles Herkommen und durch den Dienst vorgezeichnetes Verhalten ist, nichts von dem verlaufen zu lassen, was durch das Amt zur Kenntniß der Beamten gelangt war. Aus diesem Grunde fehlen uns Aufzeichnungen von Männern, die als frühere Minister wohl in der Lage wären, unter die Schriftsteller zu gehen und Wichtiges zu melden. Darin steht nun Bismarck einzig da, daß seine Er- innerungen, bis in das Jahr 1847 zurückgreifend, wo er ins öffentliche Leben eintrat, von einem vorstrei- lichen Gedächtniß unterstützt sind. Im Mittelpunkt der Erinnerungen steht natürlich Wilhelm I. Der Kanzler hatte ferner persönlich viel Verkehr mit Louis Napoleon, den er, wie heute nicht mehr zweifelhaft ist, geistig überfah, dessen Wesen ihn aber ungemein fehte und der sich ihm mit großer Offenheit ergoß. Wenn man will, werden die Memoiren ein erwünschter Busch in dessen „**Graf Bismarck und seine Leute**“ werden. Es kann keine Rede davon sein, daß der schriftstellende Fürst einem amerikanischen Berleger sich verpflichtet hat, auch wird jeder im Irthum sein, der etwa annimmt, die „**Memoiren**“ werden allzu bald erscheinen. Das alles hängt von der Zeit und von den Umständen, auch von der Stimmung des Schreibenden ab. Er liebt es nicht, selber zu Papier zu bringen, was ihm gerade einfällt, sondern er dictirt oder richtiger noch, er gestattet stenographische Aufzeichnungen seiner Erzählungen. Diese Aufzeichnungen bedürfen dann einer gründlichen Durchsicht, denn es ist dem Fürsten eigen, in einem einzigen längeren Satz dreimal oder häufiger noch aus der Construction zu fallen. Davon wissen die Parlaments-Berichterstatter und Stenographen zu erzählen.

[Silwa.] Durch die Einnahme von Silwa hat die deutsche Schutztruppe auch in dem südlichen Küstengebiet der deutschen Einfluszone in Ost- afrika festen Fuß gefast und es ist daher von Interesse, sich diesen Ort etwas näher anzusehen: Silwa ist, ausgenommen Barawa, Merka und andere Plätze der südlichen Somali-Küste, wenn nicht der älteste Ort von Ostafrika, so doch derjenige, welcher in den ältesten Urkunden erwähnt wird. Arabische Chroniken behaupten, daß Silwa im Jahre 987 durch Ali, einen von Ormus im persischen Golf dorthin gekommenen Sohn des persischen Sultans von Schiras, gegründet worden sei. Am 12. Juli 1502 wurde die Stadt, welche nach einigen portugiesischen Schriftstellern 4000 und nach anderen 12 000 Einwohner zählte, jenenfalls ein eigenes kleines Königreich bildete, von den aus Indien heimkehrenden Portugiesen unter Vasco da Gama erobert, die ihrem Erlaunen über die kleinen, aber mit Compassen versehenen Schiffe und die kleinen Kanonen aus den Stadtwällen in den uns überlieferten Aufzeichnungen einen lebhaften Aus- druck gegeben haben. 1589 wurde Silwa von den

Soldaten des aus Innerafrika hervorbrechenden Bar- warenkaumes der **Matimba** eingenommen, da ein großer Theil der Einwohner niedergemetzelt. Von diesem Schlage hat sich der ehemals blühende Hafen- plak nie wieder erholt. Im Anfang dieses Jahr- hunderts sind die nicht sehr zahlreichen Bewohner, welche hier, wo vom Njassasee her die wichtigsten Karawanenstraßen ausmünden, einen schmutzigen Sklavenhandel betrieben, von dem ruinenbedeckten Inselchen **Silwa** **Kajimani** nach der seichten, für euro- päische Schiffe schwer zugänglichen Festlandsküste über- gefleht, wo sie, etwa 25 Kilometer nördlich von Silwa **Kajimani**, den Ort **Silwa Rivinbe** — das heutige **Silwa** gründeten. Es ist hier am 18. August 1888 die Flage der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft neben dem jenen des Sultans von **Zanzibar** gehißt und gleich- zeitig mit der Forderung durch die Deutschen be- gonnen worden. Am 24. September, als angeblich 15 000 Bewaffnete sich in und um Silwa zusam- menbrängen, sind die beiden Beamten der deutsch-ost- afrikanischen Gesellschaft, **Arrieger** und **Kessel**, welche mehrere Dußend Araber geißelt und das Stations- haus bis zum äußersten vertheidigt hatten, dem Auf- ruf zum Opfer gefallen. Länger als anderthalb Jahre sind die Bewohner von **Silwa**, welche die mehrfachen Vermittlungsversuche des Sultans von **Zanzibar** zweimal sehr energisch zurückgewiesen haben, vollkommen unbehelligt geblieben. Ihr Handel hat, da die Ver- bindung mit **Zanzibar** kaum eine Unterbrechung erfuhr, nicht wesentlich gelitten. Die militärische Stärke der arabischen Sklavenhändler von **Silwa** beruht erens auf der verhältnismäßigen Schwierigkeit des Samens und zweitens auf starken Zugewinn von Negern, die aus der Gegend des **Njassasees**. Es wird sich jetzt zeigen, ob sie noch eines längeren Widerstandes im Hinterlande ihres Hafenortes fähig sind.

[Die deutsch-conservative Fraktion] des Reichstages wählte zum Vorsitzenden den Abgeordneten **Freiherrn v. Manteuffel** an Stelle des früheren Vorsitzenden v. **Helldorf**, der bekanntlich bei den Wahlen unterlegen ist.

[Der socialdemokratische Antrag] auf Be- seitigung der Zölle auf Lebensmittel lautet wie folgt:

§ 1. Der durch die Bekanntmachung vom 24. Mai 1885 veröffentlichte, beziehungsweise durch das Gesetz vom 21. Dezember 1887 abgeänderte Zolltarif wird in nachstehender Weise abgeändert: 1) In Nr. 9: „Getreide und andere Erzeugnisse des Landbaues“, tritt an die Stelle der Positionen a bis f folgende Fassung: a. Getreide, auch gemahlt, und Hülsenfrüchte frei. 2) In Nr. 25: „Material- und Speereiz- auch Conditormaaeren und andere Consumtibilien“ erhalten die Positionen 25 f, 25 g 1 und 2, 25 k und 25 q 2 folgende Fassung: f. Butter, auch künstliche, frei. g. 1) Fleisch, ausgeglättet, frisch und zubereitet; Geflügel und Wild aller Art, nicht lebend. 2) Fleischzucht, Tafelbouillon frei. 2) Fische, nicht anderweit genant, frei. k. Serringe, gefahzene, frei. q. 2) Mühlenfabrikate aus Getreide und Hülsenfrüchten, nämlich: geschrotene oder geschälte Körner, Graupen, Gerste, Gerste, Mehl, gewöhnliches Back- weizen (Bäckermaare) frei. 3) In Nr. 26: „Del, anderweit nicht genant, und Fett“ erhält die Position h folgende Fassung: h. Schmalz von Schweinen und Gänsen, Stearin frei. 4) In Nr. 37: „Theere und thierische Producte, nicht anderweit genant“ erhält die Position b folgende Fassung: b. Eier von Geflügel frei. 5) In Nr. 39: „Neh“ tritt an die Stelle der Positionen a bis k folgende Fassung: Lebendes Zug- und Schlachtvieh aller Art frei. § 2. Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 1890 in Kraft.

[Die Haltung der Socialdemokratie im Parlamente] schildert die „**Doff. Ztg.**“ wie folgt: „Die Haltung der socialdemokratischen Fraktion des Reichstages steht in erfreulicher Gegensatz zu der früher aus jenem Lager vernommenen Parole, daß der ganze Parlamentarismus eitel Humbug und die Volksvertretung niemals in der Lage sei, eine wirksame Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes herbeizuführen. Nach dieser Lehre sollten ein oder zwei Socialdemokraten im Reichstage sitzen, und bei jeder Gelegenheit gegen die ganze bestehende Ordnung Einspruch zu erheben. Darüber hinaus war jede Mitarbeit ver- sehmt, da in derselben eine Anerkennung der heutigen Staatsordnung liege. Die Mehrzahl der socialdemokratischen Abgeordneten ist von dieser Auffassung längst abgekommen. Jetzt ist die Fraktion so weit gelangt, daß sie trotz ihres Ver- richtes auf den ihr angebotenen Schriftführer- posten sich an allen, auch den rein förmlichen und äußerlichen Geschäften des Reichstages beteiligt hat. Sie hat beispielsweise Herrn **Singer** in den Senioren-Convent ent- sandt und stellt Mitglieder zu allen Commissionen des Reichstages. Sie tritt mehr und mehr auf den Boden der gegebenen Verhältnisse, wie auch ihr Arbeiterantrag beweist. Es liegt eine gewisse Selbstironie in dem Vorschlage der socialdemokratischen Fraktion, welche sich am 1. Mai für den achtstündigen Arbeitstag begeißert und zahlreiche Petitionen um denselben veranlaßt hat, nunmehr die zehnstündigen Arbeitstag ge- schäftlich feststellen zu lassen. Das Berliner Proletariat der Socialdemokratie erklärt, der Gesetzentwurf solle das ganze Gebiet des Arbeiterschutzes um- fassen, „ohne über die, nach Lage der Industrie, leicht erfüllbaren Forderungen hinauszugehen“.

ehrlüche Natur suchte nach dem Rechten und fand es nicht.

Was war ihr Vergehen? Ohne schmeichelnde Entschuldigungsreden hatte sie ihrem Mann erklärt, daß die jährtlichen Gefühle, die sie für ihn hegte und an deren Wiederkehr sie auch glaubte, zur Zeit nicht bei ihr vorhanden seien.

Konnte es irgend einen Werth für ihn haben, etwas zu empfangen, was gemungen war, was mit ihrem Herzen nichts gemein hatte? War also Strafe gerecht und noch dazu in solcher Form? War das nicht gewaltthätig und das Maß der dem Gatten stillschweigend eingeräumten Rechte weit übersteigend?

Nein, sie wollte nicht! Alles bäumte sich in ihr auf, und sie überlegte den dreifachen Weg: sich mit Gewalt ihre Freiheit zurückzuerobern, dieselbe durch die Rünste der Verstellung zu erlangen oder Tassilo den Vorschlag zu machen, sich sogleich wieder von ihr zu scheiden.

Aber wenn das eine oder andere geschähe, was dann? Im äußersten Falle wollte sie zu ihrer Mutter zurückkehren und den Weg beschreiten, der ihr von allen Lebenszielen bisher als der begehrenswürtheste und zufolge ihrer Veranlagung und ihres Könnens als der glückverheißendste erschienen war.

Gewalt anzuwenden war weder klug noch rücksichtslos gegen den Mann, dem sie doch so viel verdankte, den sie wie niemand auf der Welt respectirte; und durch Verstellung ihn zu ge- winnen, ihn nach ihren Begriffen zu betrügen, dagegen lehnte sich ihre gerechte Natur wieder auf. Nein, alles andere, aber das nicht! Nie wollte sie etwas Gemeines thun, und mußte sie einmal eine Maske vorstehen, so sollte es nur in Fällen geschehen, in denen sie den Vorurtheilen der Welt Rechnung zu tragen gezwungen war.

(Fortf. f.)

Wenn die Socialdemokratie sich stets auf erfüll- bare Forderungen beschränken und in gemein- samer Arbeit mit den übrigen Parteien eine Besserung der Lage der Arbeiter erstreben wollte, statt von „**einer reactionären Masse**“ zu declamiren und den heutigen Staat als unverbesserlich aus- zusprechen, würde sie mehr Nutzen stiften können, als sie durch phantastische Utopien und allerlei theoretische Lehrrätze je zu erreichen im Stande wäre.

[Das neue Gewehr.] Ueber die Geschöß- wirkung des neuen Magazingewehres, welches in Oesterreich-Ungarn, Deutschland, Belgien und in Frankreich eingeführt ist, sind mannigfache Be- schreibungen geliefert worden. Eine der inter- essantesten liefert der Professor der Chirurgie Dr. **Paul Bruns** aus **Tübingen**. Seine Versuche ergaben, daß ein und dasselbe Geschöß auf 100 Meter Entfernung durch vier bis fünf Glieder einer Compagnie in Geschößformation dringt, selbst wenn hierbei die stärksten Knochen des Körpers durchschossen werden. Ebenso werden auf Entfernungen von vierhundert Meter drei bis vier Glieder, auf Entfernungen von 800 bis 1200 Meter noch zwei bis drei Glieder durchschossen. Selbst bei diesen Ent- fernungen und Widerständen bleibt das Geschöß fast niemals in der Wunde stecken; das Aus- ziehen des Geschößes wird also zu den seltensten Fällen des chirurgischen Eingriffes gehören. Man glaube anfangs, daß die kleinkalibrigen Geschöße eine vermehrte Sprengwirkung aufweisen würden, was sich in einem Zerreißen der Wunde kund- giebt; diese Befürchtung ist nicht eingetreten und die Bruns'schen Versuche beweisen un widerleglich, daß der Charakter der Schußwunden durch die kleinkalibrigen Geschöße auf allen Entfernungen ein viel günstigerer ist. Zum Schluß sagt Pro- fessor **Brun**:

„Fassen wir die Ergebnisse unserer Untersuchungen zusammen, so ist es gewiß mit hoher Freude zu be- grüßen, daß die durch taktische Gründe bedingte Herab- setzung des Kalibers und insbesondere die davon un- zerrennliche Einführung der Metallgeschöße gerade im Sinne der humanitären Bestrebungen liegt. Die künftigen Kriege werden vielleicht in derselben Zeit zahlreichere, aber jedenfalls viel häufiger reine und glatte Schuß- wunden bringen, die wegen der geringen Weite des Schußkanals eher den subhumanen Charakter wahrer; der Heilungsverlauf wird sich günstiger gestalten. Ver- stümmelungen und Verkrüppelungen werden häufiger werden. Das neue Kleinkalibergewehr ist nicht bloß die beste, sondern zugleich auch die humanste Waffe, um nach Möglichkeit die Schrecken des Krieges zu mildern. Wer also in einem künftigen Kriege nicht gleich todgeschossen wird, hat mehr Aussicht auf Heilung und Wiedergenesung nach Verwundung, als bisher.“

Frankreich.

Paris, 8. Mai. Meldungen aus Kotonu zu- folge verlangte der König von Dahomey Zeit bis zum 10. Mai zur Beantwortung des durch den Commandanten Journier gestellten Ultimatus. Die verlaudet, befände sich der Vater Burgere be- reits in Whydah und auch die anderen dahomey- schen Geißeln wären behufs Auswechslung auf der „**Gane**“ eingeschiffit. (W. Z.)

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Spandau, 8. Mai. Der Kaiser traf 7 1/2 Uhr auf der „**Alexandra**“ ein und besichtigte das vierte Garde-Regiment. Nach der Besichtigung fand eine Geschößübung mit den neuen Ge- wehren und dem rauchlosen Pulver statt. In seiner Umgebung befand sich Prinz Heinrich. Nach beendigtem Exerciren ritt der Kaiser an der Spitze des Regiments durch die Stadt und nahm bei dem Officiercorps das Frühstück ein.

Berlin, 8. Mai. Das Abgeordnetenhaus be- schäftigte sich während der ganzen Sitzung mit dem Artikel 1 des Entwurfes über die nicht schiffbaren Flüsse in Schlesien, der schließlich mit Anträgen der Abgg. v. **Heydenbrand** u. d. **Lasa** und **Avenarius** angenommen wurde, daß im Falle der Ueberbürdung der Areise die Provinz einzu- treten habe. Eine Petition der schlesischen Reichsverbände, es möchten bei Strombau- und Regularisationsarbeiten neben den Technikern auch Landwirthe hinzugezogen werden, wurde nebst dem Antrag, auch andere Interessentenkreise heranzuziehen, der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Die Weiterberathung des Entwurfes erfolgt morgen um 11 Uhr.

Das Herrenhaus erledigte die Etats der Justiz, des Ministeriums des Innern und des Cultus. Die Fortsetzung der Etatsberathung be- ginnt morgen um 11 Uhr.

Das Herrenhaus will im Hause eine Mar- morbüste des Fürsten **Bismarck** aufstellen.

Berlin, 8. Mai. Der General der Cavallerie **J. D. v. Rauch**, zuletzt Chef der Landesgendarmarie, ist gestorben.

Der „**Doff. Ztg.**“ wird aus London ge- meldet: „**Silwa** wurde von den Deutschen am vorigen Sonntag ohne Blutvergießen oder Widerstand eingenommen. Außer den Werken längs des Meeressüfers wurden keine starken Vertheidigungsmerke vorgefunden. Die deutschen Schiffe bombardirten die Stadt am Sonn- abend, wodurch einige Hütten, sowie das Hauptquartier der Aufständischen in Brand gesteckt wurden. In der nämlichen Nacht brach eine Feuersbrunst aus, während welcher die Rebellen die Stadt gänzlich räumten. **Wih-** mann rückte vom Süden mit 1200 Mann sudanesi- scher Truppen ein und nahm am Sonntag Morgen friedlichen Besitz von dem Orte. Es heißt, daß unter den vier Rebellenführern eine große Uneinigkeit herrschte. Die einzigen Verluste waren zwei Schildwachen des Majors **Wihmann** und ein Britisch-Indier; alle drei wurden ermordet. Die Aden der Britisch-Indier wurden von den Rebellen vor ihrem Abzuge theilweise geplündert. Die Indier waren von den Aufständischen gewaltfam in der Stadt zurückgehalten worden; bei deren Rückzug verfechteten sie sich in dem hohen Grase hinter der Stadt und kehrten nach der Einnahme der Stadt zurück. Das englische Kriegsschiff „**Tur-** quoise“ ist mit dem Consul **Berkeley** und 160

nothleidenden britisch-indischen Unterthanen, zu- meist Frauen und Kindern, nach **Zanzibar** zurück- gekehrt. Es wird geglaubt, daß die Aufstän- digen versuchen werden, **Silwa** wieder zu be- setzen, weshalb **Wihmann** dort bleibt, um eine wirksame Vertheidigung zu organisiren. Die „**Turquoise**“ brachte auch den ersten Lieutenant der „**Carola**“, der gefährlich erkrankt ist, zurück.“

Ferner wird der „**Times**“ aus **Zanzibar** gemeldet: Es verlautet, daß **Bana Heri** sich weigert, nach **Gaadani** zurückzukehren, falls seine Sicherheit nicht von sämmtlichen Consuln in **Zanzibar** verbürgt wird.

Auf der Insel **Patta** ist ein Kampf zwischen den Eingeborenen und den Truppen des Sultans von **Witu** entbrannt.

Der „**Röln. Ztg.**“ wird aus **Petersburg** ge- schrieben: „Das Verfahren gegen **Schmid** und **Genossen** ist eingestellt und die Angeklagten sind freigelassen worden, nachdem auch die zweite Untersuchung nicht auslängliche Beweise für den vollendeten Landesverrath erbracht hat. Der „**Regierungs-Anzeiger**“ bringt einen Neudruck des u. a. auch **Schmid's** Verabschiedung enthaltenden Tagesbefehls im Marine-Resort vom 7. April mit der Abänderung der **Schmid** betreffenden Stelle in den schlichten Abschied ohne Beförderung- Ruhegehalt und Uniform. Der Kaiser, der auf den ersten Bericht in dieser Angelegenheit die Randbemerkung gemacht hatte, daß solche Leute gehängt oder erschossen werden müßten, äußerte seinen lebhaften Unwillen darüber, daß die ganze Angelegenheit vom Minister des Innern, **Plehw-** unnütz aufgebaut worden sei, um ein Gegen- gewicht für die von deutscher Seite eingeleitete Untersuchung gegen den Privatsecretär des russi- schen Marinebevollmächtigten in **Berlin** zu haben.“

In dem **Prozeß Warnebold** hat der Staats- anwalt gegen **Maspelmath** 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen **Warnebold** 4 Jahre Gefängniß und 5 Jahre Ehrverlust, gegen **Cag** 6 Monate, **Lübky** 4 Monate und **Grabowski** 2 Wochen Gefängniß beantragt.

Stettin, 8. Mai. Unter den **Mauern**, **Zimmer-** leuten, **Kalkträgern** und **Steinträgern** ist heute ein allgemeiner Strike ausgebrochen.

Hamburg, 8. Mai. Die Direction der deutsch- ostafrikanischen Dampferlinie hat sich ent- schlossen, die Schiffe **Kotterdam** anlaufen zu lassen.

Hamburg, 8. Mai. Gegenüber dem gestrigen Artikel der „**Hamburger Reform**“ über den preukischen Gefandten **v. Rufferow** erzählt der „**Hamburger Correspondent**“ authentisch, von **Rufferow** habe behufs seiner Verheirathung einen sechswöchentlichen Urlaub erbeten, den der Kaiser mit dem Ausdruck des Glückwunsches bewilligte. Die Behauptung, der Gefandte sei entlassen worden, sei un wahr. Die Abendung, v. **Rufferow** stehe zu den vielbesprochenen Artikeln der „**Hamburger Nachrichten**“ in einer Verbindung, entbehre jeder thatsächlichen Unterlage.

Frankfurt, 8. Mai. Der Gemeinderath von **Höchst** hat 300 Mark Belohnung für die Er- mittelung der Hauptträdelführer bei den Excessen vom 1. und 2. Mai ausgeschrieben. Ein Mann, der unter dem Verdacht, den Schuß auf die Polizei abgegeben zu haben, verhaftet worden ist, wurde, da er seine Unschuld beweisen konnte, freigelassen.

Röln, 8. Mai. Der „**Röln. Ztg.**“ zufolge hat eine Verammlung der **Besizer von Formeisen-** walzwerken zu **Rohlenz** beschloffen, an den bis- herigen Trägerpreisen, welche noch erheblich niedriger als die reducirten Stabeisenpreise, un- verändert festzuhalten.

Wiesbaden, 8. Mai. Die Kaiserin **Eugenie** ist heute nach **Homburg** abgereist, um der Kaiserin **Friedrich** einen Besuch abzustatten.

Fürth, 8. Mai. Gestern Abend sind in den Industrie- werksstätten **Amersdorfer** und **Haas'sche** drei Häuser gänzlich und ein viertes theilweise niedergebrannt. Ein Feuerwehrmann ist todt.

Meerane, 8. Mai. Die **Färbearbeiter** ver- langen 20 Proc. Lohnerhöhung, elfstündige Arbeitszeit und bei Sonntagsarbeit 100 Proc. Lohnerhöhung. Da diese Forderung abgelehnt wurde, haben gestern die Arbeiter von fünf be- deutenden Firmen die Arbeit eingestellt.

Paris, 8. Mai. Der Kriegsminister **Fraugel** hat den sofortigen Bau einer Bahnlinie **Saint-** Maurice-**Gironmagny** beschloffen, welche das Mosel- und **Saone**-Thal verbinden und die Vereinerung der Truppen erleichtern wird.

Paris, 8. Mai. Den heutigen Ministerath beschäftigten verschiedene der Kammer vorliegende Gesetzentwürfe betreffend die Aufferlegung einer Steuer für die in Frankreich wohnenden Fremden; es wurde constatirt, daß das einzige die Fremden besteuernde Land die Schweiz sei, die aber auch nur eine geringfügige Steuer er- hebe. Der nächste Ministerath wird prüfen, ob die zur Zeit bestehenden Verträge der Einführung einer Fremdensteuer entgegenstehen.

Paris, 8. Mai. Die Regierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, in welchem sie den Kriegs- minister ermächtigt, die zu den Uebungen ein- berufenen Wehrmänner, wenn die Verhältnisse es wünschenswerth machen, unter den Fahnen zu behalten.

Die bisherigen **boulangistischen Comités** machen große Anstrengungen, sich als socialistische Allianz neu zu constituiren.

Der Conflict zwischen dem Minister des Innern, **Constans**, einerseits und dem **Präfecten Poubelle** und dem Gemeinderath andererseits hat bereits begonnen. **Poubelle** empfang gestern

